Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1983

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1983

Tötet Rüstung Kinder?

Volkmar Köhler

Die Theologin Dorothee Sölle hat auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg erklärt, wir lebten bereits jetzt in einem Krieg der Reichen gegen die Armen, einem Krieg, der mit wirtschaftlichen Mitteln geführt und militärisch abgesichert werde! Das entsetzliche Hungerproblem in den Ländern der Dritten Welt wird seitdem in der Friedensdiskussion als Beweis für die Unsittlichkeit der Rüstung angeführt. Zu einer Emotionalisierung der Friedensproblematik führt insbesondere die Parole „Rüstung tötet Kinder“. Es besteht kein Zweifel: das Problem des Hungers in der Welt und die ungeheuren Ausgaben für die Rüstung kann Christen nicht ruhig lassen.

Als ich begann, über diesen Beitrag zur Fragestellung „Tötet Rüstung Kinder?“ nachzudenken, da dachte ich zunächst, diese Frage, die ja einen Kernbereich menschlichen Überlebens in der heutigen Welt anspricht, sei provokativ formuliert. Aber, je länger ich darüber nachdachte, desto klarer wurde mir, daß die Frage nach dem Sinn und den möglichen Konsequenzen von Rüstung, eine der zentralen Fragen unserer Zeit, eigentlich gar nicht provokativ genug gestellt werden kann.

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm hat gerade in diesen Tagen seinen neuen 681 Seiten starken Jahresbericht über den Stand der Rüstung in der Welt herausgegeben. Man stellt dort fest, daß seit einem vollen Jahrzehnt es bei Rüstungskontrolle und Abrüstung kaum mehr Fortschritte gegeben hat. Gleichzeitig geht der Rüstungswettlauf in unvermindertem Tempo weiter. Die Zahl der Atomwaffen wird sich weltweit bis zum Ende des Jahrzehnts von gegenwärtig 50 000 auf mehr als 60 000 vergrößern, wenn die verschiedenen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen in Genf scheitern.

Auch Entwicklungsländer könnten mehr und mehr Zugang zu Atomwaffen mit allen daraus folgenden Konsequenzen erhalten.

Die weltweiten Rüstungsausgaben werden für das Jahr 1982 auf fast 1,6 Billionen DM geschätzt. Wahrscheinlich liegen sie aber deutlich darüber, bei 1,9 Billionen DM. Sie steigen ständig: während der letzten 4 Jahre jährlich um 4 %.

Rüstung wird nicht nur von den großen Weltmächten betrieben, sondern auch zunehmend in der Dritten Welt:

- Der Anteil der Entwicklungsländer an den Militärausgaben der Welt stieg von rd. 6 % im Jahre 1963 auf etwa 25 % im Jahre 1979, das sind über 400 Milliarden DM;
- Die Real-Rüstungsausgaben pro Jahr haben sich in der Dritten Welt von 1963 bis 1979 mehr als verdoppelt;
- Der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt war Anfang der 60er Jahre für die Industrieländer doppelt so hoch wie für die Entwicklungsländer. Ende der 70er Jahre ist dieser Wert in beiden Gruppen etwa gleich und beträgt rd. 6 %.

Gegenwärtig verfügen 42 Entwicklungsländer über die Fähigkeit zur Herstellung von Waffen, einige von ihnen produzieren selbst moderne Kampfflugzeuge oder Panzer. Dazu gehören beispielsweise Brasilien, Jordanien und Libyen.

Die zunehmende Aufrüstung in der Dritten Welt erweist sich mehr und mehr als ein zentrales Entwicklungshemmnis. Deshalb will ich mich hier auf diesen, oft zu wenig beachteten Aspekt weltweiter Rüstung konzentrieren.

Dr. Volkmar Köhler, MdB,
ist Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und ist Mitglied der Kammer
für Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD.

Ansprache von Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl zur Eröffnung der
Lutherausstellung in Nürnberg
in diesem Heft Seite 6

Ohne Unterstützung, ohne Exporte aus den Industrieländern wäre die Aufrüstung in der Dritten Welt in diesem Ausmaß nicht möglich. Zwischen 1974 und 1978 haben die Industrieländer insgesamt Waffen in Höhe von 80 Milliarden Dollar exportiert. Die UdSSR und die USA zeigen sich für je ein Drittel der Exporte verantwortlich. Die Sowjetunion ist der größte Waffenlieferant für die Dritte Welt. Mittlerweile gehen mehr als 70 % aller Rüstungsexporte in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Es sind nicht selten handfeste politische und wirtschaftliche Interessen der Industrieländer, die die Aufrüstung der Dritten Welt erst ermöglicht haben.

Seit 1945 fanden in der Dritten Welt 120 Kriege und bewaffnete Konflikte statt. Dabei wurden 25 Millionen Menschen getötet oder verwundet. Die gekauften und in der Dritten Welt selbst produzierten Waffen wurden also eingesetzt.

Stellen wir nunmehr also die Ausgangsfrage, so muß diese zunächst ohne Wenn und Aber beantwortet werden, nämlich: wenn Waffen zum Einsatz kommen, dann töten sie unweigerlich auch Kinder. Ja, Rüstung tötet Kinder, — und andere Menschen auch —, sollte man hinzufügen.

Rüstung tötet in den Entwicklungsländern aber auch Kinder, ohne daß die Waffen zum Einsatz kommen. Dort, wo materielle Ressourcen knapp sind, bedeutet ihre Verwendung für Rüstung, daß sie an anderer Stelle fehlen, nämlich dort, wo sie zur Ernährung, zur Gesunderhaltung von Kindern nötigst gebraucht würden. Rüstung ist also mitschuldig daran, daß in der Dritten Welt jeden Tag 15 000 Kinder sterben müssen. Eine auch unsere Emotionen ansprechende Fragestellung darf uns aber nicht zu eindimensionalen, zu vorschnellen Folgerungen führen.

Die Alternative kann nicht darin bestehen, die Hände in den Schoß zu legen, sie kann nicht in pazifistischen Utopien, nicht im Traumziel totaler Entwaffnung bestehen. Ich habe Verständnis für jene, die solchen Utopien anhängen. Ich weiß aber, daß wir damit weder den Einsatz von Waffen verhindern, noch Rüstung begrenzen können. In Wahrheit ist Rüstung, sind die Waffen ja nur Mittel des Tötens, nicht aber die Ursache. Wo nicht gar politische Gewissenlosigkeit am Werk ist, liegt die Ursache im Mangel an politischer Lösungsfähigkeit gegenüber vorgegebenen Konfliktsituationen oder menschlich unerträglichen Strukturen. Letztlich tötet also nicht die Rüstung, sondern es ist politisches Handeln oder Versagen, das durch die Waffen tötet. Wir haben also in erster Linie nicht die — im übrigen unerläßliche — Frage nach der Beseitigung der

Rüstung zu stellen, sondern die nach der Verbesserung der politischen Kultur in unserer Welt. Dabei dürfen wir es uns nicht mehr so einfach machen, der längst überholten Fiktion des gerechten Krieges, die zuweilen in der Dritten Welt noch vertreten wird, nicht zu widersprechen. Krieg kann heute auch in der Dritten Welt nicht mehr die ultima ratio der Politik sein. In den 80er Jahren unseres Jahrhunderts birgt jeder Krieg die Gefahr in sich, zur Unkontrollierbarkeit zu eskalieren und die Welt in den atomaren Abgrund zu stürzen. Wer verhindern will, daß Rüstung Kinder tötet, muß eine Politik unterstützen, die konsequent Spannungen abbaut, die Kriegsursachen zu vermeiden hilft. Die deutsche Entwicklungspolitik ist daher ständig daraufhin zu überprüfen, was sie zum langfristigen Abbau von Spannungsherden in der Dritten Welt und zur Schaffung friedlicher Ordnungen des Zusammenlebens der Völker beitragen kann.

Menschenunwürdige Armut und soziale Ungerechtigkeit in vielen Ländern der Dritten Welt führen auch zu inneren Konflikten. Sie führen dazu, daß kleine Herrschaftscliquen gegen das eigene Volk aufrüsten. Sie führen dazu, daß Entwicklungsländer gegeneinander aufrüsten.

Mit einer Entwicklungshilfe, die auf die strukturellen Ursachen der Armut einwirkt, helfen wir Aufrüstung zu verhindern. Mit einer weltweiten Friedenspolitik, die überall die Kräfte der Versöhnung und nicht des Konfliktes stärkt, helfen wir, daß arme Völker sich nicht gegenseitig bekriegen, sondern sich auf die Lösung ihrer internen Probleme konzentrieren.

Die Welt, so wie sie ist, wird in der Zeit, die wir übersehen können, nicht ohne Rüstung sein. Eine globale Friedenssicherung wird auf militärische Bündnisblöcke, wird auf militärische Abschreckung nicht verzichten können. Auch die Staaten der Dritten Welt haben ein legitimes Verteidigungsbedürfnis.

Bei Interventionen von außen wird der Westen bedrängte Staaten politisch unterstützen müssen, werden bestimmte Länder des Westens in dringlichen Fällen auch militärische Ausrüstungshilfe bereitstellen.

Nach wie vor ist unser eigener Anteil am weltweiten Waffenhandel gering. Der Anteil deutscher Waffenexporte an der Gesamtausfuhr liegt unter 1 %. Für eine grundsätzliche Änderung dieser Politik vermag ich keinen Anlaß zu sehen. Denn: die Fragestellung des Themas „Tötet Rüstung Kinder?“ ist eine so ernste Herausforderung für uns alle, daß wir alles Erdenkliche für den friedlichen Konfliktabbau durch unsere Entwicklungspolitik tun müssen.

Aus dem Inhalt

<p>Tötet Rüstung Kinder? 1 Volkmar Köhler</p> <p>Unverantwortliche Aktionen in der evangelischen Kirche 3 Heinrich Höhler</p>	<p>Ansprache von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anläßlich der Luther- Ausstellung in Nürnberg am 24. Juni 1983 6</p> <p>Der Friede Gottes und der Friede auf Erden 9 Theodor Lorenzmeier</p>	<p>Europa und die Reformation 11 Thomas Kürthy</p> <p>Widerstand, Ethik und Recht 13 Hans-Martin Pawlowski</p> <p>Schulreform — und kein Ende? 15 Grete Schneider</p>
---	---	--

Widerstandstag der Kirchen?

Die Friedensbewegungen haben den 16. Oktober 1983 zum „Widerstandstag der Kirchen“ erklärt. 33 Superintenden-ten der rheinischen Landeskirche haben ihre Gemein-den „zu einem gemeinsamen Zeugnis für den Frieden“ im Rahmen des Widerstandstages der Kirchen in Jülich aufgerufen:

„Vielleicht werden die Genfer Abrüstungsverhandlungen Erfolg haben und es wird nicht zur sogenannten Nach-rüstung kommen. Dann wäre niemand dankbarer und er-leichterter als wir. Vielleicht wird es nicht zu einer Einigung kommen. Dann sollen neue Kernwaffensysteme in unserem Land aufgestellt werden. Das würde für uns ein Grund zu tiefer Sorge, intensivem Gebet und öffentlichem Protest sein.

In beiden Fällen haben wir Anlaß genug, ein Zeugnis von unserer christlichen Friedenshoffnung abzulegen. Dazu laden wir Sie hierdurch ein auf Sonntag, den 16. Oktober 1983, etwa von 14.30 bis 18.00 Uhr nach Jülich.

Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen der Frie-densbewegung wurde dieser Tag vorgesehen, damit die Christen ihren besonderen Beitrag zum Abrüstungsproblem bekunden. Wir, die Unterzeichneten wollen die Gelegenheit nutzen, um zusammen mit möglichst vielen Christen aus unseren Kirchenkreisen und aus anderen Kirchen noch einmal unmißverständlich auszusprechen:

- daß Jesus Christus uns verheißungsvolle Wege zum Frieden weist
- daß das Wettrüsten sowohl im Osten als im Westen ein Irrweg ist und nicht zum Frieden, sondern eher zum Krieg führt
- daß wir um des Gewissens willen bei einem entschlos-senen Nein zu jeder Erweiterung des Kernwaffenbestan-des bleiben werden.

Zu dieser Überzeugung wollen wir uns in einer Form bekennen, die uns Christen gemäß ist: Wir ziehen von einem Eröffnungsgottesdienst zu einem Schlußgottesdienst in einer Art evangelischer Prozession. Wir wollen mit Lie-dern und Posaunen, mit Spruchbändern und Blumen Zeug-nis von unserem Vertrauen zu Jesus und seinem Friedens-weg ablegen. Wir wollen uns aus den verschiedensten Richtungen treffen, uns gegenseitig stärken und unserer Kirche zur Orientierung zu dienen versuchen.

Wir regen die Veranstaltung so an, daß sie für alte und junge Gemeindeglieder geeignet ist. Einzelheiten teilen wir Anfang September mit. Diese Mitteilung will Sie, liebe Mit-christen, zur Teilnahme einladen, Ihnen ermöglichen, den Termin zu reservieren und eventuell Fahrgelegenheiten (Busse) zu bestellen.

In Jülich wird es keiner verbindlichen Anmeldung bedür-fen. Aber wir hätten gerne ein Echo, um schätzen zu können, auf wieviel hundert oder tausend Teilnehmer wir uns einstellen sollen.

Beten Sie mit uns, daß unser Vorhaben wirklich dem Frieden dient.“

Der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Landtags-präsident Albrecht Martin, hat in einem offenen Brief an den Präses der rheinischen Landeskirche gegen den Aufruf der Superintenden-ten protestiert.

Der folgende Beitrag von Superintendent i. R. Heinrich Höhler, der 12 Jahre Mitglied der rheinischen Kirchenlei-tung war, fragt angesichts des Aufrufs der Superintenden-ten und ähnlicher Aktionen, ob die Einheit der Kirche noch aufrechtzuerhalten ist.

Unverantwortliche Aktionen in der evangelischen Kirche

Heinrich Höhler

Bestürzende Vorgänge in der evangelischen Kirche fordern Chri-sten, denen an Bibel und Bekennt-nis und am Wohlergehen unseres Staates gelegen ist, zum Reden und Handeln heraus. Es erfüllt sich in diesen Wochen, was als Sorge nach der theologisch arroganten, politisch schwärmerischen Kund-machung des Moderamens des Re-formierten Bundes ausgesprochen wurde: die evangelische Kirche ist in die Gefahr des Auseinander-brechens geraten, weil die Rake-tenfrage zur Glaubens- und Be-kenntnisfrage hochgespielt wurde und in theologischen und politi-schen Fragen anscheinend unüber-brückbare Gräben aufgeworfen werden.

Die wichtigsten Vorgänge: Ende Juni 1983 erschien ein von 33 Superintenden-ten der evangeli-schen Kirche im Rheinland unter-zeichneter „Dringender Aufruf“, am 16. Oktober an der Großkundge-bung in Jülich mit der „Friedens-bewegung“ teilzunehmen. Von einem Eröffnungsgottesdienst sol-len evangelische Christen „in einer Art evangelischer Prozession“ mit Liedern, Posaunen, mit Spruchbän-dern und Blumen zum Schlußgot-tesdienst ziehen. Die Parole der evangelischen Veranstalter ist, „bei einem entschlossenen Nein zu je-der Erweiterung des Kernwaffenbe-standes“ zu bleiben. Dies sei, so lesen wir, „ein Zeugnis unserer christlichen Friedenshoffnung“. Es

braucht nicht ausgeführt zu wer-den, daß damit die westliche Ant-wort auf die im Osten auf uns gerichteten Raketen der deutsche Verzicht auf Verteidigungswaffen wäre.

In der Ludwigshafener Zeitung „Rheinpfalz“ erschien ein von der Arbeitsgruppe „Frauen wagen Frie-den“ angeregter Aufruf, der von 220 pfälzischen Pfarrern unter-zeichnet war. Der Aufruf liegt auf der Linie der Erklärung, die der Mainzer Propst Kern, Mitglied des Moderamens, auf dem „Naturwis-senschaftskongreß“ in Maniz An-fang Juli 1983 abgegeben hat. Der Propst forderte auf, „dem Ver-trauen auf die Macht der Liebe Gottes“ den Vorzug gegenüber

„dem Vertrauen auf die Macht der Raketen“ zu geben.

Dann wörtlich: „ Mit ABC-Waffen Politik zu betreiben, ist Wahnsinn. Christen, die diese Politik betreiben und gutheißen, und die sich dabei auf die Bibel berufen, treiben absolute Gotteslästerung...“ Solche emphatischen, schwärmerischen Sätze erinnern an gewisse Reden auf dem Kirchentag in Hannover. So irrsinnig und unchristlich solche klerikalen Äußerungen auch sein mögen, sie verfangen leicht bei naiven Menschen, wecken trügerische Hoffnungen auf einen illusionären Weg zum Weltfrieden und sind damit für die Kirche und für

die Politik gleichermaßen gefährlich und schädlich.

Jeder verantwortlich redende und handelnde Christenmensch muß die bestehende nukleare Konfrontation von Ost und West für ein tief beunruhigendes Unheil halten und wünschen, daß in Ost und West Raketen abgebaut und nicht aufgebaut werden. Aber der verständige Christ kann auch die mit „konventionellen“ Waffen – von der Keule über Schwert und Maschinengewehr bis zur Bombe – ausgeübte Vernichtung nur mit Entsetzen betrachten. In unserer Zeit ist womöglich nicht der Krieg das schlimmste Vernichtungsmittel,

sondern die Zerstörung von Seelen, Aufhebung der Freiheit, Auslöschung des Glaubens christlicher Art in scheinbaren Friedenszeiten. Unsere Abscheu richtet sich also gegen jede Form menschlicher Knechtung und Vernichtung, wobei die Zerstörung der Seele schlimmer sein kann als leiblicher Tod.

Es wäre pure Schwärmerei, übersehen zu wollen, daß die Bibel das Zunehmen von Kriegen bis zum Ende dieser Weltzeit verkündigt. Dabei sind letztlich nicht die Waffen sondern die Menschen die Anstifter des Bösen, denn „das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend

Offener Brief des stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Landtagspräsident Albrecht Martin, an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Gerhard Brandt

Hochverehrter Herr Präses,

Ende Juni d. J. haben 33 Superintendenten der Evangelischen Kirche im Rheinland einen „dringenden Aufruf und herzliche Einladung an alle Mitchristen zu einem gemeinsamen Zeugnis für den Frieden“ veröffentlicht und dazu eingeladen, am Sonntag, dem 16. 10. 1983 in Jülich „ein Zeugnis von unserer christlichen Friedenshoffnung abzulegen“.

Grundsätzlich halte ich die Einladung zu einem Gottesdienst, in dem um die Erhaltung und Sicherung des Friedens gebetet und die Botschaft von dem durch Jesus Christus geschenkten Frieden verkündet wird, für die der Kirche angemessene Form, sich zur aktuellen politischen Lage zu äußern. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch nicht die Frage stellen, ob man bei dieser Formulierung der mit dem Gottesdienst verbundenen Absicht so ohne weiteres nebeneinanderstellen kann, daß „Jesus Christus uns verheißungsvolle Wege zum Frieden weist“ und daß „wir um des Gewissens willen bei dem entschlossenen Nein zu jeder Erweiterung des Kernwaffenbestandes bleiben“. Meiner Ansicht nach wird hier einer bedenklichen Gleichrangigkeit einer Glaubensaussage mit einer von einer Gewissensentscheidung getragenen politischen Konsequenz Vorschub geleistet.

Entscheidend für meine Bedenken ist, daß die einladenden Superintendenten die Gottesdienste in Jülich ausdrücklich im Rahmen von „Veranstaltungen der Friedensbewegung“ sehen wollen. Die Gruppen der Friedensbewegung haben den 16. 10. 1983 im Rahmen der

von ihnen geplanten Aktionen gegen eine mögliche Nachrüstung der NATO zum „Widerstandstag der Kirchen“ proklamiert. Ganz abgesehen davon, daß hier mit dem Begriff des Widerstandes Mißbrauch getrieben wird, habe ich schwerste Bedenken, wenn Kirchengemeinden und Kirchenkreise sich so selbstverständlich in die Aktionen politischer Gruppierungen einfügen lassen, mit denen zu befassten der Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz für 1982 teilweise Anlaß hatte.

Ich bin davon überzeugt, daß mindestens einem Teil der Superintendenten diese Zusammenhänge nicht bekannt oder bewußt waren, als sie ihre Unterschrift leisteten.

Ich wäre, sehr verehrter Herr Präses, Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen könnten, damit ein Friedensgottesdienst der Gemeinde deutlich gegenüber allen politischen Demonstrationen abgegrenzt wird. Die Predigt der Gemeinde wird ihr Proprium nur dann bewahren können, wenn sie jeden auch durch den zeitlichen Rahmen gegebenen Zusammenhang mit politischen Aktionen vermeidet.

Da der Aufruf der Superintendenten weite Verbreitung gefunden hat, werde ich diesen Brief nicht nur den im Lande Rheinland-Pfalz wohnenden Superintendenten, die den Aufruf unterzeichnet haben, zusenden, sondern ihn auch der Presse zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr A. Martin

auf". Nicht die Abschaffung von Waffen bringt uns den Weltfrieden. Der Mensch ist aufgerufen, Dämme zu bauen, Vorsorge zu treffen, um die Kriege einzudämmen. Es hätte den rheinischen Superintendenten und ihren Gesinnungsfreunden wohlgestanden, wenn sie nüchtern, biblisch bezogen von der von ihnen zitierten „christlichen Friedenshoffnung“ geredet hätten. Ihr Zeugnis ist bibelfremd, säkular.

Unsere Erinnerung an das biblische Zeugnis über die Unmöglichkeit, Kriege aus dieser Weltzeit gänzlich zu verbannen, stellt aber keineswegs eine Resignation dar. Wir möchten damit die Augen geöffnet haben für die Friedenswege, von denen das biblische Zeugnis spricht. Dort ruht unsere Hoffnung auf die Eindämmung des Bösen.

Das erwähnte Verhalten kirchlicher Amtsträger in der Rheinischen, der Pfälzischen und mancher anderen Kirche verstößt gegen das geltende kirchliche Recht und gegen das vor dem Angesichte Gottes geleistete Ordinationsgelübde evangelischer Pfarrer.

Das Pfarrerdienstgesetz bestimmt in seiner Präambel „Das Amt des Pfarrers beruht auf dem der Kirche von ihrem Herrn gegebenen Auftrag zur Verkündigung des Wortes Gottes und zur Verwaltung der Sakramente“. Und weiter (§ 34): „Der Pfarrer hat bei allen Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens und bei politischer Betätigung zu bedenken, daß ihn sein Amt an die *ganze* Gemeinde weist...“ Im Ordinationsgelübde hat sich der Pfarrer Gott gegenüber gebunden, „gemäß der Heiligen Schrift... in der Obrigkeit Gottes Ordnung zu ehren“ für sie zu beten „und auch die Gemeinde dazu anzuhalten“.

Das Auftreten von Pfarrern im Talar bei öffentlichen Umzügen und Demonstrationen ist nach kirchlichem Recht nicht gestattet. Die Parteinahme in politischen Angelegenheiten verletzt die Bestimmung, daß der Pfarrer an die ganze Gemeinde gewiesen ist und sie an ihn. Dieser Verpflichtung bereitet der Pfarrer Hindernisse und Schwierigkeiten, weil durch Parteinahme Menschen anderer Überzeugung irritiert werden, da ihr Vertrauen gemindert wird. Müssen sie nicht fürchten, daß die Kinder politisch oder weltanschaulich ein-

seitig unterrichtet werden? Das Pfarrerdienstgesetz erinnert mit Recht daran, „daß im Bewußtsein der Öffentlichkeit Person und Amt untrennbar sind“. Doch auch in das erwünschte brüderliche Verhältnis der Amtsträger untereinander bringt das einseitige politische Engagement Spannungen oder gar offenen Streit - insbesondere, wenn Anhängern anderer Überzeugungen z. B. bezüglich von Rüstung und Gegenrüstung, der Glaube abgesprochen wird. In diesem Falle, der von der Moderamenserklärung und auch von anderen Verlautbarungen herbeigeführt wird, muß gestritten werden. So entsteht Streit, wo angeblich für den Frieden - den weltweiten Frieden - gehandelt wird.

Der Christenmensch, insbesondere natürlich der kirchliche Amtsträger, wird von der Heiligen Schrift (vornehmlich in Römer 13) auf sein Verhältnis zur Obrigkeit verpflichtet.

Die Kirche kann sich die Obrigkeit, der sie Gehorsam und Fürbitte schuldet, nicht aussuchen: „Wo Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet“ - ob es nun zur Zucht der Menschen oder nach ihrem Wohlgefallen und Beifall geht, ist unerheblich. Gott „verordnet“ und duldet Obrigkeit. Sie steht in einem von Gott gewollten Rang. Ihre Aufgabe hat die „Dienerin Gottes“ (Rö. 13,4) von Gott bekommen: man muß ihr untertan sein (Rö. 13,5), nicht um sich nicht strafbar zu machen, sondern „um des Gewissens willen“ (Rö. 13,5), das heißt, weil der Christ die durch Gott verordnete und geduldete Obrigkeit dem Worte Gottes gemäß anzuerkennen hat.

„Barmen“ 5 lehrt uns, daß es Aufgabe der Obrigkeit ist, „unter Androhung und Ausübung von Gewalt (!) für Recht und Frieden zu sorgen“. Also gehört die Androhung von Gewalt und ihre - falls nötig - Ausübung zum göttlichen Auftrag der Obrigkeit. Die politische Obrigkeit trifft ihre Maßnahmen, soweit sie ihr „Gewaltamt“ betreffen, „nach dem Maß *menschlicher* Einsicht und *menschlichen* Vermögens“, heißt es in der Barmer Erklärung in These 5.

Wer sich als Christenmensch anmaßt, das Amt der Obrigkeit an sich zu ziehen, die legale politische Gewalt mit Zwang zu überziehen,

der versündigt sich am Auftrag der Kirche und am Amt der Obrigkeit, wie Gott es geordnet hat.

Freilich hat die Kirche die Pflicht, „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit zu erinnern“ und „damit an die Verantwortung der Regierenden und der Regierten“, aber sie hat bei der Ausübung dieser Pflicht nicht das Recht, „in ein fremdes Amt“ zu greifen. Ihr „Erinnern“ vollzieht sich als Verkündigung des Evangeliums, also nicht im Mißbrauch des Evangeliums und der Predigt zu Eingriffen in die Befugnisse der Obrigkeit. Es ist die schriftgemäße, durch das biblische Wort geprägte und gebundene Predigt, in der das „Erinnern“ geschieht. Hier wird also kein politisches Mandat verliehen, keine klerikale Befugnis zugeteilt, keine „geistliche Staatsaufsicht“ neuen Stils erlaubt. „Wer sich nun widersetzt, der widerstrebt Gottes Ordnung“, er beruft sich also nicht auf Gottes Wort!

Sollten die aggressiven Vertreter des fatalen Moderamenbeschlusses dabei bleiben, den Namen Gottes einseitig zu ihrer eigenen Rechtfertigung und zur Verurteilung Andersdenkender zu mißbrauchen, wobei sie die Aussagen der Heiligen Schrift nach ihrem Belieben preisen, das kirchliche Recht miß-

Unsere Autoren:

Superintendent i. R.
Heinrich Höhler
Amselweg 30
6140 Bensheim 2

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl, MdB
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Parlamentarischer Staatssekretär
Dr. Volkmar Köhler, MdB
Karl-Marx-Straße 4 - BMZ
5300 Bonn 1

Prof. Dr. Thomas Kürthy
Karl-Friedrich-Straße 30
5100 Aachen

Pfarrer Dr. Theodor Lorenzmeier
Am Ziegelhofe 29
4902 Bad Salzufflen 1

Landtagspräsident
Albrecht Martin, MdL
Hugo-Reich-Straße 10
6550 Bad Kreuznach

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski
Siegfriedstraße 11
8905 Schriesheim

Grete Schneider
Goerdeleerstraße 29
4400 Münster

achten und Unfrieden in Kirche und Staat schüren, so wäre für die dem Worte Gottes verpflichteten Christen die Zeit gekommen, Scheidungen zu vollziehen, so schmerzlich und folgenreich sie auch sein würden. Es ist unverantwortlich, eine im Verständnis des Wortes Gottes tief gesplante Gemeinschaft aus vordergründigen Interessen aufrechtzuerhalten.

Man fragt sich, ob die verantwortlichen Kirchenleitungen und Synoden bereit und in der Lage sind, Klarheit zu schaffen im Sinne der bestehenden Bekenntnisse und Rechtsordnungen. Die Hoffnung, so ist man geneigt zu fürchten, erscheint gering. Aber die Sehnsucht nach einer evangelischen Kirche, die dem Evangelium und nicht politischer Anmaßung und unrealisti-

scher Friedenssehnsucht ergeben wäre, ist groß. Der vielfältig bedrängte Mensch unserer Zeit sucht bei der Kirche das unverfälschte Evangelium vom Heil in Jesus Christus, den einzigen Trost im Leben und im Sterben, und nicht demonstrierende und politisierende Pastoren. Paulus mahnt (1. Kor. 15,34): „Werdet nüchtern, wie es sich gehört, und sündigt nicht!“

Ansprache des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hielt anlässlich der Luther-Ausstellung in Nürnberg am 24. Juni 1983 nachstehende Ansprache:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, daß das Germanische Nationalmuseum diese glückliche Ausstellung zum 500. Geburtstag von Martin Luther zeigen kann. Ich freue mich besonders, daß die alte Reichsstadt Nürnberg auf diese Weise einem Mann ihre Reverenz erweist, der dieser Stadt besonders verbunden war.

Die Freie Reichsstadt, die Kaiserstadt des Mittelalters, wurde Vorort der Reformation und ein Zentrum ihrer Wirkung. Ein Ort des schaffenden Geistes seit 600 Jahren, ein Ort künstlerischer Blüte und humanistischer Studien und in zwölf dunklen Jahren auch ein Ort des verderblichen Mißbrauchs seiner Geschichte.

Luthers Wirken erfaßte, direkt oder vermittelt, das ganze Deutschland. Im thüringischen Eisleben wurde er vor 500 Jahren geboren. Dort starb er auch.

An der Universität zu Wittenberg war der Augustinermönch Professor und geistlicher Lehrer. Von dort ging die Weltwirkung der Reformation aus, der wir uns heute erinnern. Dort, in Wittenberg, hat Luther am längsten gelebt und gebetet, gepredigt, gelehrt und geschrieben.

Aber Luthers Leben und Wirken ging über Thüringen und Sachsen weit hinaus.

Auf der Wartburg bei Eisenach hat er dann als „Junker Jörg“ die Bibel übersetzt: ein Fundament

deutscher Sprachkultur auf Jahrhunderte und bis heute in ihrer geistigen Kraft ungebrochen. Man kann sagen, daß kein anderes Werk die Entstehung einer einheitlichen deutschen Hochsprache so gefördert hat wie diese Übersetzung. Obwohl sie in der Kontinuität christlicher deutscher Kultur stand, in der Kontinuität deutscher Bibelübersetzungen, sprengte die Treffsicherheit ihrer Bilder und die schöpferische Kraft ihres gewaltigen Wortschatzes die Grenzen der herkömmlichen Bibelübersetzungen.

„Dem Volke aufs Maul schauen“, das hat Luther gewollt und getan. Er hat es in dem berühmten Sendbrief vom Dolmetschen auf der Veste Coburg geschrieben.

Zu den Wirkungsstätten Martin Luthers gehört Worms. Dort bekannte er sich im April 1521 vor Kaiser und Reichsständen zu seiner Lehre, „weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist“. Das ist ein großes Wort zur Verteidigung der Gewissensfreiheit, aber auch Ausgangspunkt einer tiefen Spaltung.

Es war und ist bis heute Anlaß, sich sehr unterschiedlich auf Luther zu berufen und ihn entsprechend unterschiedlich zu interpretieren oder auch zu vereinnahmen. So wurde Luther für die einen ein Revolutionär und für andere ein Reformator, er gilt als Vordenker der Aufklärung und als ein Vordenker des deutschen Nationalstaates.

Das Lutherbild der Jahrhunderte hat alles dies in seinen tiefen Wandlungen widergespiegelt. Es ist wohl richtig, daß mit der Reformation in den Menschen die verschiedensten Geister aufwachten: der Bruch mit dem Historischen ebenso wie das Wiederaufleben von Häresien. Diese Erfahrung sollte uns warnen vor jeder falschen und voreiligen Inanspruchnahme Luthers durch die Politik.

In erster Linie war Luther ein Mann der Kirche, der sie bessern wollte. Darum ging es ihm – nicht um Revolution, Politik, weltliche Macht und irdischen Streit.

Und dennoch: der religiöse Ansatz seines Glaubens, seines Gewissens, seines Verständnisses vom Wort Gottes führte sofort hinein in die politischen Interessen, in die tiefen sozialen Spannungen seiner Zeit und in das Kräftespiel der europäischen Mächte.

Das alles hat sich vermengt und dem wortmächtigen Prediger aus Wittenberg eine weltgeschichtliche Wirkung verliehen, die er im Ansatz nicht suchte.

Luther war nicht ein Mann, der die Welt verändern wollte. Aber er hat sie verändert, gerade weil er nur die Religiosität der Menschen verbessern wollte. Gerade sein transzendentes Weltbild, das heute vielen als unmodern gilt, seine Suche nach der Gnade Gottes, seine höchst persönliche Erfahrung mit Sünde und Teufel, sie

haben zeitenwendende Kräfte entfalteten.

Luther ist ein großes Beispiel dafür geworden, daß nicht nur materielle irdische Umstände das Bewußtsein prägen; sein Wirken zeigt, daß Bewußtsein, auch religiöses Bewußtsein, eine Macht des Geistes ist, die den Lauf der Geschichte stärker als alles zu beeinflussen vermag.

Was wollte Luther? Er wollte eine innere, spirituelle Erneuerung der Kirche, wie es oft schon vor ihm unternommen worden war. Er suchte die Wahrheit in der Heiligen Schrift.

Er wollte den Glauben und die Christenheit in seiner Wahrheit bewahren. Dafür war er das von Gott gebrauchte Werkzeug. Für ihn war Gott so übermächtig, wie er auf den Holzschnitten Dürers erscheint: der Mensch als Handelnder zwischen Gott und Teufel gestellt.

„Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ — das Wort auf dem Reichstag zu Worms will ernstgenommen sein: da ist kein Klassenkämpfer am Werk, kein Fürstendiener, kein ehrgeizgetriebener Theologe. Da steht ein Mensch, dem Gott die Wahrheit aus der Schrift aufgegeben hat, und kostete es ihn die eigene irdische Existenz.

Es geht nicht um Theorie, nicht um Gelehrtenstreit, auch nicht um Politik. Es geht um das Leben selbst.

Die Spaltung der Kirche, die Spaltung des Reiches in Evangelische und Katholische wollte Luther nicht. Er hat sie dann, als dies die Bedingung der Verwirklichung seiner Wahrheit wurde, in Kauf genommen.

Luther war ein Zeitgenosse der Renaissance, der großen geistigen Erneuerung, der Vorbereitung der Moderne. Aber in seinem Selbstverständnis war er kein Vorkämpfer der Moderne, die eine Säkularisierung der Welt ankündigte.

Die Ablösung der politischen Herrschaft von Gottes Auftrag wäre ihm als Sünde erschienen, die Erhebung der Nation zur neuen Gottheit als Freveltat. Luther hätte in der Aufrichtung eines Staates ohne Gott nichts als die Auflehnung des Menschen gegen seine

wesentliche Bestimmung gesehen, die über das Diesseits hinausreicht.

Wir tun gut daran, das uns fremd Erscheinende in Luthers Denken und Streben ernst zu nehmen und unsere Existenz und die Maßstäbe unserer Welt daran zu prüfen. Dies gilt auch für die Frage „Luther und die Obrigkeit“, die vor allem durch das Verhältnis von Konfession und Staat in den folgenden Jahrhunderten zu großer Bedeutung gekommen ist.

Die Herstellung des Friedens nach innen und außen durch den Staat ist eine elementare Voraussetzung für Kultur und menschenwürdiges Zusammenleben. Das Gewaltmonopol des Staates, eine Errungenschaft aus einer friedlosen Zeit, ist ein wichtiges Erbe, dessen wir uns gerade heute wieder erinnern und vergewissern sollten.

Was andere, spätere Zeiten, die Gott zur reaktionären Idee erklärten, daraus machten, hat mit Luther nichts zu tun und ist ihm nicht anzulasten. Für ihn war Obrigkeit von Gott. Das hieß aber vor allem: alle Obrigkeit stand unter Gottes Gebot.

Keine Diktatur des 20. Jahrhunderts kann sich auf Luther als Quelle ihrer Legitimation berufen; es soll sich aber auch keine Bewegung anmaßen, im Namen ihrer subjektiven Wahrheit Gewalt anwenden zu dürfen.

Zur Wirkung Luthers gehört auch, daß die katholische Kirche eine Erneuerung erfuhr und schon nach einer Generation und dem Tridentinischen Konzil nicht mehr dieselbe war, gegen die er sich gewandt hatte.

Zu dieser Wirkung zählt die Möglichkeit der Konfliktbegrenzung, der rechtlich gesicherten Toleranz, die im Augsburger Religionsfrieden von 1555 Gestalt gewann und nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges erneuert wurde.

Wenn heute überall in Deutschland, wie es seit 1555 möglich war, das Recht der freien Auswanderung nach Verkauf der privaten Güter erlaubt wäre, wären wir menschlichen Verhältnissen ein gutes Stück näher.

Muß man aber Luthers Werk nicht vor allem in der Religiosität

sehen? In Mentalität und Sprache? In der Bildung der Deutschen? Hat mit Luther nicht eine Bewußtwerdung begonnen, die bis heute die Auseinandersetzung um sein Erbe und um die deutsche Kultur bestimmt?

Für Luther war die Ordnung der Gesellschaft, des Staates und der Bildung Mittel zur Sicherung des Evangeliums, niemals Ziel. Was er wollte und was er predigte, hatte nicht zuletzt die irdische Ordnung im Blick. Und doch ist sein Beitrag zum Selbstbewußtsein des modernen Menschen als einem unverwechselbaren Individuum unbestreitbar.

Wer dieses individuelle Bewußtsein nur freischwebend und losgelöst sieht als etwas, das beliebig von Interessen oder Theorien geprägt werden könnte, der erkennt, daß der Individualitätsgedanke für Luther gebunden war an ein religiöses, christliches Verantwortungsstreben und Freiheitsbewußtsein. Dazu gehört die Freisetzung des Gewissens.

Hier wirkt auch Luthers Bibelübersetzung. Sie konfrontierte die, die lesen, und jene, die zuhören konnten, erneut und direkt mit dem Wort Gottes. Uns erscheint das fast selbstverständlich. Das aber zeigt nur die Länge des Weges, den wir zurückgelegt haben. Die Menschen der Reformationszeit waren erschüttert. Gott sprach zu ihnen. Gott würdigte jeden, zu ihm mit den Worten seines Alltags zu reden. Die Bibel wurde im Laufe weniger Generationen zum Hausbuch. Darin lag eine starke Antriebskraft für den Anspruch auf allgemeine Bildung.

Die Territorialisierung der deutschen Staaten-, Kirchen- und Universitätswelt hat in der Reformation nicht begonnen. Aber in Reformation und Gegenreformation ist sie neu begründet und verfestigt worden, als ein Stück Pluralismus und so auch als ein Element der Freiheit.

Im Föderalismus erkennen wir bis heute das Erbe dieser alten Tradition des Gegeneinander, das im Nebeneinander aufgehoben wird.

Der hohe Rang von Bildung, Schule und Hochschule in der deutschen Geistesgeschichte, die Bedeutung der Schule für Gesellschaft und soziale Mobilität — das

alles hat nach der allgemeuropäischen Grundlegung im Mittelalter tiefe Wurzeln in der Reformationszeit. Aber auch die Entstehung der großen Geistesströmungen – Pietismus, Aufklärung, Idealismus, Liberalismus, bis hin zum historischen, psychologischen und soziologischen Denken des 20. Jahrhunderts – alles dies ist von dieser Vielfalt des Bildungswesens geprägt worden.

Luthers Wirken hat gezeigt, wie Gewissensfreiheit möglich sein kann im kirchlichen Raum, wie sie gerade in Kirche und Gemeinde verankert hinauswirken kann in die menschliche Gestaltung des politischen, staatlichen, sozialen Bereichs.

Glaube und Bindung, auch konfessionelle Bindung, stehen nicht im Gegensatz zu Freiheit und Toleranz. Der lebendige Glaube des in der Gemeinschaft gebundenen religiösen Gewissens war die Garantie der Freiheit im geschichtlichen Raum.

Recht und Gerechtigkeit, die Sicherung der menschlichen Freiheit und der personalen Würde beruhen doch zuletzt auf der inneren Bindung und Ordnung des Glaubens, die Luther neu gefestigt wissen wollte.

Durch die Lutherjubiläen der Jahrhunderte zieht sich wie ein roter Faden die Versuchung, Luther immer wieder zum nützlichen Zeitgenossen zu machen. Die Politik hat sich Luthers von Anfang an bemächtigt. Das war die Bedingung, unter der allein die Refor-

mation sich durchsetzen konnte. Aber es lag darin auch eine Verweltlichung der Lehre und die Versuchung, sie als Instrument zu nutzen.

Der Reformator kann sich ideologischer Genossenschaft nicht erwehren, die ihm nicht nur in Wittenberg und Eisleben angetragen wird. Sein Werk muß es tun. Es wird Bestand haben gegen die politisch-ideologische Inanspruchnahme von heute und morgen wie gegen die von gestern und vorgestern.

In seinem politischen Manifest an den Adel deutscher Nation sagt Luther bündig: „Es ist noch nie eine christliche Sache von Menschen auf Erden gut geheißen worden, sondern alle Zeit ist der Widerstand zu groß und stark gewesen.“

Das will ernstgenommen werden. Nicht als Verbrämungen von Resignation, sondern als wirkende Mahnung für die Christen. Auch als Mahnung an die Politik, die die christliche Lehre nicht als unentbehrliche und doch faktisch unverbindliche Quelle für Sinn verkleinern darf.

Wir haben im Lutherjahr allen Anlaß, nicht nur die direkten und indirekten Wirkungen von Reformation und gegen Reformation zu überdenken. Wir sollten uns vor allem an Luther selbst erinnern, an seine Lehre und damit jene Fragen ernstnehmen, die er dem Menschen bis heute aufgegeben hat.

Luthers Frage war die nach dem fehlbaren Menschen und dem

gnädigen Gott. Luthers Antwort lag in der Kraft des Gewissens und im Zutrauen in den Glauben. Er nahm den einzelnen in seiner Hinfälligkeit wie in seiner Würde ernst. Er tat das, indem er ihn unmittelbar auf Gott bezog, ihm Besserung abverlangte, Buße zumutete und indem er das Gewissen und Gottes Gebot als letzte irdische Instanz einsetzte.

Der zeitlos fromme Luther, der die Kirche reformieren wollte und den Boden der alten Frömmigkeit aufriß und erneuerte, steht heute nicht mehr zwischen den Konfessionen. Er ist in ihnen und über ihren Kreis hinaus ein geistiges Ereignis geworden: ein Aufruf zur Würde des Menschen, zur Freiheit seines Denkens und zur Verantwortung seines Handelns, zum bewußten Leben aus der festen Bindung des Glaubens.

Luther war ein deutsches Ereignis in seiner Zeit. Als Nationalsymbol hat er sich verweigert. Als Weltereignis wird er bleiben.

Die Überwindung der Daseinsangst und das Versprechen der Freiheit: das ist nach einem halben Jahrtausend unverjährbar und unverloren.

Als Christ und Politiker will ich den Ausspruch Jacob Burckhardts bekräftigen: „Wer sind wir eigentlich; daß wir von Luther und den übrigen Reformatoren verlangen könnten, sie hätten unsere Programme erfüllen sollen?! – Dieser und kein anderer konkreter Luther existierte; man nehme ihn, wie er gewesen ist.“

EAK-Landestagung Baden am 17. September 1983

Der EAK-Landesverband Baden lädt zu seiner diesjährigen Landestagung am 17. September 1983 in Karlsruhe, Jung-Stilling-Saal, ein. Die Veranstaltung beginnt um 9.30 Uhr.

Thema: **Die Freiheit eines Christenmenschen**

Das Programm enthält drei Vorträge zu den Themen:

Luthers Freiheit zur Politik

Luthers Freiheit zum Frieden

Christliche Politik – verantwortete Freiheit

Programme und Einladungen sind anzufordern bei:

Dr. Michael Feist, Kolberger Straße 19 a, 7500 Karlsruhe

Zur Besinnung

Der Friede Gottes und der Friede auf Erden

Theodor Lorenzmeier

In der aktuellen Friedensdiskussion wird insbesondere im kirchlichen Bereich oft sehr kurzschlüssig der irdische Friede und der Friede Gottes gleichgesetzt. Pfarrer Dr. Theodor Lorenzmeier weist darauf hin, daß der Friede Gottes von anderer Qualität ist, denn Paulus schreibt „Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft“ (Phil. 4,7).

Alle Welt redet heutzutage vom Frieden. Überall hierzulande wird darüber diskutiert: im Parlament, in den Parteien, in Jugendkreisen, in der Kirche. Alle sind sich einig in dem Vorsatz, einen alles vernichtenden Weltkrieg verhüten zu wollen. Heftig umstritten aber ist, wie das geschehen soll. In diesem Streit gibt es in unserer Kirche verschiedene, ja, gegensätzliche Meinungen. Sicher ist, daß keiner garantieren kann, daß der Weg, den er für den besten hält, wirklich der beste Weg zur Sicherung des Friedens ist. In diesem politischen Meinungsstreit unter uns Christen klingt es fast befremdlich, ein Wort zu hören, das nicht vom Frieden auf Erden spricht, sondern von einem Frieden, der nicht unsere Aufgabe, also auch nicht Aufgabe der Politik ist, sondern Gabe – Gabe Gottes.

Paulus schreibt im Brief an die Philipper: „... der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus“ (Phil. 4, 7) – genau übersetzt: „der wird eure Herzen und Sinne bewahren in Christus Jesus“.

Dieser Friede, der Friede Gottes, ist für Paulus das zentrale Thema des Evangeliums Jesu Christi. Hat er überhaupt etwas mit dem Frieden auf Erden zu tun? Eines ist sicher: „Friede Gottes“ ist etwas anderes als „Friede auf Erden“. Er ist davon nicht abhängig. Er ist unabhängig von unseren Friedensbestrebungen. Er ist etwas, was uns von Gott zukommen will und, wie Paulus meint, auch tatsächlich zukommt.

Was ist dieser Friede Gottes, den wir nicht machen können, der jenseits unserer Möglichkeiten ist, der uns aber von diesem Jenseits her, also von Gott her, zukommt – mitten in das Diesseits unseres Lebens, unserer friedlosen Welt?

„Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft“ – anders übersetzt: der alles Denken übersteigt, der allen Verstand überragt. Ein Friede, der Vernunft, Denken und Verstand überragt, weil er von anderer Qualität ist. Ein Friede, der mit Vernunft, Denken und Verstand nicht zu erreichen ist, weil sie ihn nicht zu schaffen vermögen.

Vernunft, Denken und Verstand – kein Zweifel, das alles ist uns von Gott gegeben, daß wir es gebrauchen, daß wir uns bemühen, vernünftig zu sein, vernünftig zu reden und zu handeln.

Ich meine: die Gabe der Vernunft ist eine der größten, die uns Menschen zuteil geworden ist. Es wäre schon sehr viel, wenn es unter uns, gerade auch in der Kirche, vernünftig zugehen würde. Ob wir Menschen, ob die Machthaber der Weltmächte die Gabe der Vernunft recht gebrauchen – davon hängt vermutlich das Überleben der Menschheit ab. Das Ende der Vernunft wäre vermutlich das Ende menschlichen Lebens: der zerstörerische Wahnsinn würde die Menschen ergreifen und beherrschen, jener Wahnsinn, der in totaler gegenseitiger Vernichtung endet.

Ich meine also: die Gabe der Vernunft kann nicht hoch genug geschätzt werden. Aber, so meint Paulus, der Friede Gottes steht noch höher. Von diesem, die Vernunft überragenden Frieden heißt es: „Er wird eure Herzen und Sinne bewahren in Christus Jesus“. Das also bewirkt er, daß Herz und Sinne bewahrt, beschirmt, behütet werden. So tut er sich kund. Daran ist er zu erkennen.

„Friede“ bedeutet im ursprünglichen Sinne zunächst einfach dies:

Abwesenheit von Krieg; ein Zustand, wo das Bedrohende, das Zerstörerische abgewehrt ist; ein umfriedeter Ort, in den der Feind, der Zerstörer, nicht eindringen kann. So sollen Herz und Sinne ein Ort des Friedens sein – geschützt vor dem, was sie bedroht. In der Sprache der Antike gesagt: vor den Dämonen, das heißt vor den bösen Mächten, die den Menschen innerlich und dann auch äußerlich zerstören.

Der „Friede Gottes“ ist also ein Friede des Herzens, des inneren Menschen. Er bewahrt seine Sinne vor dem „Wahn“ – sinn. Als Friede Gottes ist er der Friede mit Gott und also auch der Friede mit sich selbst.

In den „Klageliedern“ wird die Klage laut: „Meine Seele ist aus dem Frieden vertrieben“ (Klagelieder 3, 17). Ich denke, wir wissen, was das bedeutet – oder wenigstens: wir ahnen es. Da ist man in sich hin- und hergerissen, umgetrieben, ohne zu wissen, wie es eigentlich weitergehen soll. Ja, da weiß man am Ende überhaupt nicht mehr aus noch ein. Da ist man am Ende. Da sieht man nur noch Ausweglosigkeit: es geht nicht mehr.

„Meine Seele ist aus dem Frieden vertrieben“ – aus was für Gründen auch immer, auf welche Weise auch immer: der Mensch, gequält von irgendwelchen Sorgen, Ängsten, Selbstvorwürfen, Schuldgefühlen, gequält von etwas, was ihn hoffnungslos sein läßt, was ihm alles sinnlos erscheinen läßt, was ihn verzweifeln läßt.

Urmenschliche Erfahrung: „Meine Seele ist aus dem Frieden vertrieben“ – von wievielen Menschen gilt das, vielleicht von Menschen unserer nächsten Umgebung? Wer hat's je und dann nicht selber erfahren? Und falls jemand es noch nicht selber erfahren hat, falls er davon nichts weiß, sollte er davon nicht reden – wissend, daß er da nicht mitreden kann.

Goethe wußte davon. In dem Gedicht „Wandrer's Nachtlid“ schreibt er:

*Der du von dem Himmel bist,
Alles Leid und Schmerzen stillest,
Den, der doppelt elend ist,
Doppelt mit Erquickung füllest,
Ach, ich bin des Treibens müde!
Was soll all der Schmerz und Lust?
Süßer Friede,
Komm, ach komm in meine Brust!*

Nun, der „Friede Gottes“ ist noch etwas anderes als der „süße Friede“, von dem hier die Rede ist. Aber Goethe hat doch das Eigentliche sehr wohl empfunden: „Der du von dem Himmel bist“.

„Meine Seele ist aus dem Frieden vertrieben.“ Nur wer das kennt, kann erahnen, was das meint, dieses Wort des Paulus: „Der Friede Gottes . . . wird eure Herzen und Sinne bewahren in Christus Jesus“. Damit ist nicht gemeint, daß wir bewahrt werden vor Kummer, Leid und Tränen, vor Qual und Not. Damit ist nicht gemeint, daß uns keine Angst mehr rühren kann. Damit ist nicht gemeint, daß nun alles nach Wunsch und Zufriedenheit geht. Paulus schreibt das große Wort vom „Frieden Gottes“ nicht in irgendeiner Hochstimmung auf dem Höhepunkt des Glücks, wo man geneigt ist, etwas leichtfertig über die Misere des Lebens hinweg zu sehen oder wo man sie im Rausch der Glückseligkeit mit Recht vergißt. Er schreibt dieses Wort als Märtyrer – vermutlich als Gefangener –, als einer, der um der Botschaft Christi willen verfolgt wird. Er schreibt es an die Philipper, die ebenfalls der Verfolgung ausgesetzt sind. Sozusagen angesichts des Todes spricht er von einem Frieden, der nicht zuschanden wird. Wer auch nur eine Ahnung davon hat, was es an Not und Elend im menschlichen Leben geben kann, wer etwas von dem erfahren hat, was es so an menschlichen Schicksalen gibt, der wird sich hüten, hier mit der Stimme des Triumphierenden zu reden.

In einem Stück des amerikanischen Dichters Thornton Wilder heißt es einmal: „Ohne deine Wunde, wo bliebe deine Kraft? . . . Im Dienste der Liebe sind nur die verwundeten Krieger tauglich.“ Ich möchte ergänzen: auch im Dienste des Friedens.

Die entscheidende Frage ist: wie, wann und wo wird uns dieser Friede Gottes zuteil? – Ich weiß es nicht. Auch hier gilt meines Erachtens das Wort, das Jesus im Gespräch mit Nikodemus sagt: „Der Wind weht, wo er will, und du hörst seine Stimme wohl; aber du weißt nicht, von wannen er kommt und wohin er fährt“ (Joh. 3, 8). Das meint: wir erfahren den Frieden Gottes wohl. Wir erfahren, was er in uns bewirkt. Aber wieso das gerade hier geschieht und da nicht, das entzieht sich unserer Kenntnis. Wir können nur feststellen: hier ist er – da ist er nicht. Mit anderen Worten: der „Friede Gottes“ ist und bleibt uns unverfügbar. Was wir aber vermögen, ist dies: offen sein für ihn, offen für die Zusage: „Er wird eure Herzen und Sinne bewahren“ – und darauf vertrauen, daß diese Zusage gilt, daß sie sich als wahr erweisen wird. So geht es also letztlich um das Gottvertrauen, um den Glauben, daß zu gegebener Zeit der Friede Gottes uns zuteil wird? Ich meine: ja.

An uns ist es, diesen Glauben zu wagen. An uns ist es, daß wir zu glauben wagen, daß da – bildlich gesprochen – eine Hand ist, die uns hält, eine Macht, die uns bewahrt. So will die Zusage Jesu: „Meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht“ (Joh. 14, 27), so will diese Zusage unseren Glauben.

Wo dieser Friede in uns einkehrt, da kehrt der Geist Jesu Christi in uns ein, der Geist des Friedens. Da ist Christus in uns, da sind wir in Christus. Da sind wir, wie es bei Paulus heißt, bewahrt „in Christus Jesus“.

Weil wir dieses Friedens immer wieder bedürfen, weil wir ihn nie als Besitz haben, sondern als Gast, der kommt und geht, darum wird in unserem Gottesdienst immer wieder die Bitte um ihn laut – am Anfang: „Gnade sei mit uns und Friede . . .“ – und am Ende: „Herr, segne uns und behüte uns; Herr, laß leuchten dein Angesicht über uns und sei uns gnädig; Herr, erhebe dein Angesicht auf uns und gib uns Frieden“. Weil wir der Zusage dieses Friedens immer wieder bedürfen, heißt es nach der Feier des Abendmahls: „Gehet hin in Frieden“. Immer wieder bedürfen

wir dieser Zusage – wie wir der Zusage des andern, daß er uns liebt, immer wieder bedürfen.

Das ein für allemal Gesagte will immer neu gesagt, will neu in die Gegenwart gebracht sein. Denn, was nicht immer wieder in die Gegenwart geholt wird, verfällt der Vergangenheit. Darum will jeder Gottesdienst eine Wiederholung dieser Zusage sein: „Der Friede Gottes . . . wird eure Herzen und Sinne bewahren in Christus Jesus“.

Dieser „Friede Gottes“ tut sich kund. Er wirkt sich aus in allen Bereichen unseres Lebens. Damit komme ich auf die anfängliche Frage zurück: was hat der Friede Gottes mit dem Frieden auf Erden zu tun? In der Bergpredigt steht das Wort: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ – wörtlich: die Frieden „machen“, wie das Wort „fertigen“ ursprünglich meint.

Frieden machen – mir fiel dazu das schöne Gedicht von Matthias Claudius ein:

*Auf den Tod der Kaiserin
Sie machte Frieden! Das ist mein
Gedicht.
War ihres Volkes Lust und ihres
Volkes Segen,
Und ging getrostet und voller
Zuversicht
Dem Tod als ihrem Freund
entgegen.
Ein Welterob'rer kann das nicht.
Sie machte Frieden! Das ist mein
Gedicht.*

Frieden machen – das ist, wo immer wir dazu in der Lage sind, unsere Aufgabe. Das fängt im alltäglichen Miteinander an. Das will in unserem Miteinander in der Kirche zum Ausdruck kommen. Das will sich auswirken auf alle Bereiche unseres Lebens – gerade auch im Hinblick auf den Frieden auf Erden.

Jeder, der auch nur eine Ahnung von den Problemen hat, wird sich vor der Anmaßung hüten, seine Meinung, wie der Friede politisch am besten zu bewahren bzw. zu machen sei, als die absolut richtige und einzig wahre auszugeben. Wie gesagt, keiner kann garantieren, welcher Weg wirklich der beste Weg zur Wahrung des Friedens ist. Das zu wissen sollte uns im politischen Meinungsstreit trotz aller

Entschiedenheit, mit der man seine Meinung vertreten mag, bescheiden machen, so daß wir uns nicht anmaßen, den anderen, der einen anderen Weg für den besseren hält, des Unglaubens zu bezichtigen, wie das geschehen ist und geschieht. Wo der notwendige politische Meinungsstreit zum Glaubensstreit ge-

macht wird, da wird beides verdorben: die Politik und der Glaube. Das wenigstens sollte uns bewußt sein. Wissen sollten wir auch, daß der Friede auf Erden nicht mit billigen Parolen und Rezepten zu haben ist, sondern viel Mühe und Geduld erfordert, nicht zuletzt auch die Mühen der Vernunft.

Weil wir in all unserem Bemühen um den irdischen Frieden des göttlichen Friedens bedürfen, der unsere Herzen und Sinne vor dem Zerstörerischen bewahrt, darum die Bitte: der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus.

Europa und die Reformation

Aktuelle Gedanken zu einem bald 600 Jahre zurückliegenden Impuls

Thomas Kürthy

In seinem Beitrag „Luther und die Deutschen“ hat der hessische CDU-Landesvorsitzende, Oberbürgermeister Walter Wallmann, auf die Bedeutung Luthers für die deutsche Geschichte hingewiesen (siehe EV 6/83).

Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Thomas Kürthy verweist auf die Wirkungen der Reformation auch für die geistige Entwicklung Europas.

Gibt es eine historische Gestalt, die mehr dem Deutschtum entspricht als die Martin Luthers; gibt es jemanden, der mehr zur Gestaltung des deutschen Geistes, seiner Sprache und seiner Einheit beigetragen hat als er? Kann man nicht mit Fug und Recht die Reformation als die deutsche Revolution bezeichnen? Schließlich, auch wenn ein Katholik heute Hochdeutsch spricht, so ist es das Deutsch, das Luther geprägt hat, das aus seinem „den Leuten aufs Maul schauen“ hervorgegangen ist. Doch sind Luther und die Reformation viel mehr als nur eine deutsche Erscheinung. Sie ist im idealen Sinn europäisch, deren Ausstrahlung allerdings, wie vieles, was das europäische Geistesleben ausmacht, auf die ganze Welt ausstrahlte und ausstrahlt.

Um Luther und die Reformation in europäische Dimensionen zu stellen, müssen wir uns um eine Antwort auf die Frage bemühen: was macht denn das geistige Europa aus und wie weit ist es heute noch aktuell?

Was ist Europa? – Ein Kontinent? Sicherlich, – doch topographisch endet er irgendwo am Ural und am Kaukasus, wo, das weiß niemand so ganz genau, die Grenzen verschwimmen im russischen Raum. Dennoch, Europa ist eine Einheit, und zwar in einem viel umfassenderen Sinne und mit einer viel weiteren Bedeutung als seine topographischen Grenzen es vermuten lassen.

Fragen wir danach, was Europa gestaltet hat, nach dem, was geistesgeschichtlich, kulturell, wirtschaftlich, religiös und ethnographisch wirksam wurde, so zeigt sich uns ein anderes Europa als das topographische.

Das, was Europa heute ist, begann sich irgendwann gegen Ende der Völkerwanderung aus brodelnden und sich bekämpfenden Stämmen herauszukristallisieren. Davor gab es zwar das römische „Weltreich“, doch war das im wesentlichen eine mediterrane Macht, deren wirtschaftliches Schwergewicht eher in Nordafrika, Kleinasien und im Vorderen Orient lag als nördlich der Alpen. Die Völkerwanderung jedoch, der Name ist irreführend, denn es war eher ein über Jahrhunderte dauernder Krieg vieler Stämme gegeneinander, ließ ein Gebilde entstehen, das sich sehr wohl beschreiben läßt und das sich in den folgenden 1200 Jahren als Einheit erweisen sollte.

Geopolitisch gesehen, hat Europas Ostgrenze etwa folgenden Verlauf: vom nördlichen Eismeer

aus zieht sie sich entlang der finnisch-russischen (ethnographischen) Grenze nach Süden, erreicht die baltischen Staaten, also Estland, Lettland, Litauen, bezieht diese mit ein, verläuft weiter entlang der polnisch-russischen ethnographischen Grenze, der Curson-Linie, nach Süden, erreicht den Karpatenbogen, folgt diesem bis zum Belgrader Tor, folgt der kroatisch-serbischen Grenze bis zur Adria. Was von dieser Grenze aus gesehen östlich liegt, gehört im engeren Sinne nicht zu Europa, andere Faktoren haben es geprägt, andere Traditionen wurden wirksam.

Das erste, was Europa prägte, war die Seßhaftwerdung. Die letzte Welle der Völkerwanderung brachte die Ungarn in ihre jetzige Heimat (896 n. Ch.). Der Bereich im Osten kam noch lange nicht zur Ruhe. Mongolen, Tartaren und andere Türk-Völker wogten dort noch lange hin und her; wilde halbnomadische Reiterstämme wie die Goldene Horde traten zeitweilig in den Vordergrund und vergingen wieder. Westlich der beschriebenen Grenze jedoch wurde nun nach der Seßhaftwerdung eine andere Lebensform, die des Bauern dominant. Der „agricola“ wurde zum Kulturträger. Die ersten geschlossenen Siedlungen mit Markt und Warenaustausch entstanden im 9. und 10. Jahrhundert.

Wenn bereits bei der Entstehung von Siedlungen das römische Vorbild entscheidend war, so

noch viel deutlicher auf geistesgeschichtlichem Gebiet. Rom, nicht Konstantinopel, erwies sich für diesen Bereich als der entscheidende Kraftquell. Von Rom wurde das Christentum übernommen, die lateinische Sprache wurde zur Lingua Franca unter den Gebildeten, das kanonische und das in ihm fortlebende römische Recht wurde zum Richtmaß dessen, was richtig und falsch war. Im Mittelalter konnte ohne weiteres ein deutscher Student in Péch in Ungarn studieren oder ein polnischer Student aus Krakau in Paris. Er hatte nicht nur keine Sprachschwierigkeiten, denn überall wurde lateinisch gelehrt, sondern auch die Rechtsverhältnisse, mit dem Lehnwesen, dem kanonischen Zinsverbot der scholastischen Philosophie, kurz, die Kultur der Gotik, war überall die gleiche. Ein heiteres, freundliches Gottesbild beseelte die Menschen: so wie die irdische Hierarchie sich über die verschiedenen kirchlichen und weltlichen Instanzen bis hin zur Spitze, verkörpert in Kaiser und Papst darstellte, so auch die himmlische über Engel, Erzengel bis hin zur Spitze versinnbildlicht in der Dreifaltigkeit. Die Große Pest, die im Jahr 1348 begann und ganz Europa verheerte, hat dieses heitere Gottesbild zerstört, der zürnende Gott, der Würgeengel trat an seine Stelle. Die himmlischen und die irdischen Hierarchien gerieten in Unordnung, die Kraft des Kaisers und des Papstes erlahmte. Statt dessen kam von Italien ausgehend, die Renaissance zum Tragen. Der Mensch wurde nun in Europa zum Maß aller Dinge, der „seienden, daß sie sind, der nichtseienden, daß sie nicht sind“ (Protagoras). Auch diese gewaltige Bewegung ging über die beschriebene Ostgrenze nicht hinaus, erfüllte aber das geistige Europa.

Mathias Corvinus in Ungarn und die großen polnisch-litauischen Fürsten aus dem Haus der Jagellonen sind hierfür historische Zeugen. In diesem Raum hat sich auch die Reformation verwirklicht, doch hierüber später.

Was prägte die Völker und ihr Zusammenleben, die von dieser Grenze östlich und südöstlich lebten? Sicherlich nicht die lateinisch-römische Kultur. Das Christentum haben sie von Byzanz erhalten. Die Schrift wurde kyril-

lisch und die Herrschaftsform der von Byzanz angelegten: Byzantinismus, Zarenherrschaft — bis heute! Es ist nur verständlich, daß die Völker, die in einer anderen Geisteshaltung und Tradition die Jahrhunderte verbracht haben, die Ungarn, die Polen und Tschechen und selbstverständlich die DDR-Deutschen, sich nur ungerne und nur unter Gewalt dieser auch kulturell fremden Herrschaft beugen.

Alle geistig-politischen Impulse, die im Westen Europas entstanden, durchliefen den Raum, den ich das geistige Europa nennen möchte. Das soll kein Werturteil sein, denn eine jede Kultur, in der sich Menschen geborgen fühlen, hat ihre Vorzüge, doch ist das Lebensgefühl im eigentlichen Europa ein anderes.

Nach der Reformation, die diesen ganzen Raum erfaßte, kam der Absolutismus, danach die Welle der Aufklärung, schließlich Demokratisierung, Technisierung, Industrialisierung, die prägend wirkten. Auch die Welle der Revolution, die von Frankreich ausging, durchzog diesen Raum. Was davon östlich liegt, hat seine Geschichte in viel höherem Maße mit Asien gelebt. Im Südosten, im Balkan wurde Kleinasien und der Mohammedanismus kulturtragend.

Eine Sonderrolle spielte Griechenland. Obschon es lange besetzt war, hat es sich dem türkischen Mohammedanismus nie gebeugt. Sein Einfluß wirkt über die Jahrtausende fort, allerdings für Europa vermittelt durch Rom. Denn die erste große Renaissance unseres Kulturkreises war die Rezeption der griechischen Kultur durch Rom. Immer wieder griff Europa auf diese Quelle zurück.

Doch nun zu Luther und der Reformation. Wie war es möglich, daß ein unbedeutender Mönch einer kleinen Universitätsstadt wie Wittenberg eine solche Bewegung hat auslösen können? In ganz Europa war der Boden dafür bereitet. Luther hatte auch seine Vorgänger, Jan Hus in Böhmen oder John Wicliff in England, aber auch in gewissem Sinn die Mystiker. Es gab zahlreiche Reformbestrebungen, die von weltlicher Seite ausgingen, vor allem durch die Humanisten. Ganz Europa war das unchristliche, extrem weltliche Treiben, das vom renaissance-

trunkenen Rom ausging, leid. Die Sehnsucht nach echter Frömmigkeit, der Verbindung von pietas, humilitas et sapientia wurde überall laut. Luther und seine Thesen waren die Saat, der Boden für sie war bereit.

Die Reformation mit ihren vier Phasen durchströmte das ganze Europa bis hin zu seinen östlichen Grenzen. Auch Ungarn und Polen wurden von dieser gewaltigen Kraft erfaßt, Skandinavien wurde lutherisch, ebenso wie große Teile des Baltikums. Selbst in Italien und in Spanien regten sich Reformatoren. Doch regten sich bald auch in ganz Europa die Gegenkräfte, von Rom aus: die Gegenreformation war aber nicht nur eine Gegenbewegung, sondern in ganz entscheidendem Maße auch eine Reformation der katholischen Kirche. Die vortridentinsche Kirche ist von der nachtridentinischen sehr unterschieden. Vielleicht hätte die Gegenreformation sogar ihr Ziel erreicht und ganz Europa wieder unter die Botmäßigkeit der römischen Kirche gezwungen, wenn der Reformation nicht in Genf mit Calvin ein neues Kraftzentrum erwachsen wäre. Doch auch gegen ihn konnte Rom neue Kraftreserven mobilisieren. Pater Joseph, die graue Eminenz hinter Richelieu war es, der die Hugenotten in Frankreich blutig unterdrückte und schließlich vernichtete. Aus diesem dramatischen Ringen geistiger und militärischer Kräfte, das mit unendlich viel Leid verbunden war, ging schließlich das geistige Europa hervor, das zum Kraftzentrum der Welt wurde. Vielschichtig, geistig beweglich, weltzugewandt, eine Vielheit in der Einheit, eine Einheit, die ihre Wurzeln in der römisch-griechischen Kultur hat, durch die Reformation im weitesten Sinne erneuert wurde und sich auch sehr selbstbewußt als eine solche empfindet. Der Papstbesuch in Polen hat uns das wieder sehr deutlich vor Augen geführt.

Diese geistig-historischen Zusammenhänge sollten uns im Bewußtsein bleiben, wenn wir uns um das Werk der Einigung Europas bemühen. Wenigstens in unserem Bewußtsein sollten wir den Völkern Osteuropas den Platz im geeinten Europa freihalten, die so leidenschaftlich zu Europa gehören möchten.

Widerstand, Ethik und Recht

Hans-Martin Pawlowski

Auf dem Kirchentag in Hannover wurden gefährliche Losungen ausgegeben. U. a. hat ein Bundesverfassungsrichter ein „übergesetzliches Widerstandsrecht“ postuliert bei Bedrohung übergesetzlicher existentieller Werte, z. B. des Lebens. Morgen schon werden sich andere auf diese Aussage berufen, wenn sie zum Widerstand gegen den demokratischen Rechtsstaat aufrufen wegen der Gefährdung der Natur oder der Schöpfung.

Der Rechtsphilosoph Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, EAK-Landesvorsitzender von Baden, setzt sich mit dieser gefährlichen Entwicklung auseinander.

1. Wir haben einen heißen Herbst zu erwarten. „Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck der neuen Widerstandsbereitschaft der Friedensbewegung“, heißt es dazu in einem Aufruf zu einer Aktionswoche im Oktober 1983. Widerstand ist „in“. Die Pflicht zum Widerstand wird von vielen nicht nur ethisch oder theologisch, sondern auch rechtlich begründet. Die einen behaupten, daß die Stationierung von Atomwaffen gegen das Grundgesetz verstoße. Andere – ehrenwerte und nachdenkliche Mitbürger – bezweifeln, ob das Mehrheitsprinzip bei „grundlegenden, existentiellen Entscheidungen noch Geltung beanspruchen könne.

Dies ist zwar alles offensichtlich Rabulistik. Denn wer – mit Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit – fordert, daß grundlegende Entscheidungen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht nach der Auffassung der politischen Mehrheit sondern nach der Auffassung (s)einer Minderheit getroffen werden müssen, wendet sich damit gegen die Verfassung unseres Staates. Daran ändert auch die Berufung auf Art. 20 IV GG nichts, wonach alle Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden haben, der es unternimmt, diese (Verfassungs-)Ordnung zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Und das nicht nur,

weil die letzte Wahl, in der auch die Fragen der Nachrüstung zur Entscheidung anstanden, noch nicht lange zurückliegt. Dieser Artikel des Grundgesetzes erlaubt vielmehr überhaupt keinen Widerstand (und keinen zivilen Ungehorsam) gegenüber Entscheidungen der verfassungsmäßig gebildeten parlamentarischen Mehrheit, die vom Bundesverfassungsgericht auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung kontrolliert werden. Ginge es also nur um diese Anmaßung von Rechten, könnte man beruhigt darauf vertrauen, daß unsere Polizei und Justiz auf die zu erwartenden Rechtsbrüche und -verletzungen reagieren, wie es ihres Amtes ist – und damit zur Tagesordnung übergehen, auf der eine ganze Reihe wirklich wichtiger Aufgaben stehen: Die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und der Reparatur des Netzes der sozialen Sicherungen.

2. Gefährlicher als diese Anmaßung von „Rechten“ sind aber die mehr oder weniger versteckten Angriffe auf die „Legitimität“ unseres Rechts, die jetzt immer häufiger vorgetragen werden. Kennzeichnend dafür sind u. a. Äußerungen, wie sie der Bundesverfassungsrichter Herbert Simon nach den Berichten der Presse auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover vorgetragen hat. Simon weiß als Verfassungsrichter genau, daß die Nachrüstung kein „Recht“ zum Widerstand gibt und hob dies auf dem Kirchentag auch hervor – um dann aber fortzufahren, daß hier eben Recht und Ethik gegeneinander stünden! Und dann geht für jeden anständigen Menschen natürlich die Ethik vor – nicht nur in Erinnerung an das „Recht“ der Nazizeit. Gegenüber derartigen Angriffen auf die Legitimität unseres Rechts – noch dazu durch ein Mitglied eines unserer höchsten Verfassungsorgane – gilt es, die höhere ethische Qualität unserer verfassungsmäßigen Ordnung deutlich herauszustellen. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil diese

Angriffe die undeutlichen, aber lebhaften Äußerungen und Empfindungen einer großen Zahl gutwilliger Mitglieder der Friedensbewegung auf eine begriffliche Form bringen.

Gemeinsamer Ausgangspunkt aller Argumentation ist dabei zunächst die Anerkennung der persönlichen Freiheitsrechte: das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Glaubens- und Gewissensfreiheit und auf Meinungsfreiheit. Diese Rechte ermöglichen es uns, trotz unterschiedlicher Glaubensinhalte, gegensätzlicher Auffassungen und Ziele – friedlich – zusammenzuleben. Auf diese Rechte berufen sich denn auch die Mitglieder der „Friedensbewegung“. Was man dabei aber heute häufig übersieht – und was auch die Äußerung von Simon außer acht läßt – ist, daß dieser „Pluralismus“ es auch ausschließt, sich gegenüber dem geltenden Recht, das durch diese (Freiheits-)Rechte der Verfassung legitimiert ist, auf (s)eine „höhere“ Ethik zu berufen – auf seinen Glauben, seine (vermeintliche) Einsicht usf. Denn wer sich gegenüber dem Recht des Pluralismus auf „seine“ Ethik beruft, nimmt für sich eine höhere Einsicht in Anspruch – er erklärt sich oder seine Gruppe für unfehlbar. Und das ist kein Beweis für eine „höhere“ Ethik oder Moral, sondern ein Anzeichen für einen Rückfall in totalitäres Denken, z. T. veranlaßt durch das Bedürfnis nach einem Staat gemeinsamen Glaubens, wie man ihn aus dem Geschichtsunterricht kennt.

Unsere Verfassung (und damit unser Recht) mit ihrer Entscheidung für den Pluralismus beruht nämlich auf der – ethischen – Erfahrung, daß es zu nichts Gutem führt, wenn man sich anderen gegenüber auf (vermeintliche) „absolute Werte“ oder „höhere Einsichten“ beruft. Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen, Weltanschauungen oder „Bewegungen“ können nur dann friedlich zusammenleben, wenn sie die gemeinsam (durch Mehrheitsentscheidung) geschaffene Ordnung achten. Anders ist es nur bei Glaubensgemeinschaften. Wer für seine Einsicht Unfehlbarkeit beansprucht, ist immer gefährlich, insbesondere für den „Frieden“ – erst für den Frieden der eigenen

Gruppe, dann für den zwischen den Gruppen. Aus diesem Grunde gehen von der Friedensbewegung schon jetzt Gefahren für den „inneren Frieden“ in unserem Lande aus – sind Rechtsbrüche zu erwarten, verbreiten sich „Feindbilder“: Nicht weil hier „Ethik gegen Recht“ stünde, sondern weil vermeintliches „Wissen“ um den allein richtigen Weg zum Frieden, um den Willen Gottes u. ä. m. die Achtung vor dem Recht aufheben. Wer sich im Besitz der Wahrheit meint, (weil er doch dem Willen Gottes gehorcht oder weil er sich durch sein Engagement seines guten Willens gewiß ist) muß in dem anderen ein Werkzeug des Bösen sehen, der vielleicht durch Unwissenheit persönlich entschuldigt sein mag, der sich aber nicht selten als Vertreter des Bösen darstellt – vor allem, wenn es ihm „besser“ geht als uns. Es ist daher kein Zufall, daß die „Friedensbewegung“ durch ihre Aktivitäten gerade nicht den Frieden, sondern den (Bürger-)Krieg fördert: Weil sie sich in der Gewißheit ihres „guten Willens“ für berechtigt hält, die Bindung an das gemeinsame Recht aufzukündigen – und damit das Mittel verwirft, das uns friedliches Zusammenleben ermöglicht. Ginge es aber nur um diese nostalgische Sehnsucht nach einem „Glaubensstaat“, so müßte schon die um sich greifende Unfriedlichkeit jedenfalls die Gutwilligen abschrecken. Wir könnten uns auf „Aufklärung“ beschränken.

3. Das eigentliche Problem, das die Erscheinung der „Friedensbewegung“ deutlich werden läßt, liegt aber leider nicht direkt in ihrer (Gesinnungs-)Ethik. Das Bedürfnis ihrer Mitglieder nach allgemeinen und allgemein verbindlichen ethischen Normen ergibt sich vielmehr aus verbreiteten Voraussetzungen des heutigen Denkens: aus „theologischen Unklarheiten“. Erst diese machen verständlich, warum so viele ehrenwerte und gutwillige Mitbürger sich in einer Weise für den Frieden einsetzen, von der leicht zu erkennen ist, daß gerade sie den Frieden gefährdet. Der Mensch findet sich nämlich heute – wie schon immer – in einer Welt, deren Gesetze und Abläufe er nicht verstehen kann. Dazu kommt, daß jetzt das Bewußtsein wächst, daß sich Ereignisse und Abläufe auch

in weit entfernten Gegenden auf unser persönliches Leben auswirken können und auswirken: Veränderungen in den Entwicklungsländern, Entwicklungen in Vietnam oder Japan. Solange man nun davon ausging, daß Gott der Herr der Geschichte war, solange waren die Gefahren, die von dieser Welt ausgingen, zwar nicht gebannt – denn Gottes Wege waren und sind unerforschlich. Das Vertrauen in die Liebe Gottes machte es aber möglich, sich auf die Verantwortung zu beschränken, die man tragen konnte und kann: an seinem Ort und nach seinen Kräften. Heute stellt sich dagegen die Geschichte vielen allein als unser Werk dar: Wenn wir nichts tun, dann geschieht nichts – oder genauer: Dann läuft die Geschichte nach seelenlosen, mechanischen Gesetzmäßigkeiten oder gar nach dem Willen der „Bösen“ ab. Wir müssen also die Verantwortung für die ganze Welt übernehmen, für Südafrika, Nicaragua, Peru usw. – weil alles, was dort geschieht, uns betreffen kann. Da wir aber weiterhin den tatsächlichen Ablauf der Geschichte der Welt nicht kennen und nicht verstehen – weil wir uns also nicht empirisch (durch Studium der Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten) in der Welt orientieren und so „technisch“ auf die ganze Welt einwirken können – bleibt uns nur das ethische bzw. moralische Urteil: Wenn wir nicht nur im Seelen- und Sinnlosen oder gar im „Bösen“ leben wollen. In den Diskussionen auf dem Kirchentag wurde daher immer wieder gefordert, zu Südafrika oder Chile etc. Stellung zu nehmen und damit als Christ „über Südafrika“ zu urteilen: Weil dieses moralische Urteil das einzige Mittel ist, um uns in dieser Welt zu orientieren und auf sie einzuwirken.

Es ist nun leicht einzusehen, daß es gerade diese falsche (Ein-)Stellung ist, die zu der Verkehrung aller Begriffe führt, die wir heute erleben: Das Urteil über die Welt steht auch weiterhin nur Gott zu. Wenn wir es selbst fällen, weil dies das einzige ist, was wir in der unverständlichen Welt tun können, dann nehmen wir damit die (Ein-)Stellung Gottes für uns in Anspruch – auch wenn wir meinen, es im Gehorsam Gott gegenüber zu tun. Und wenn der Mensch sich an die Stelle Gottes

stellt und über die Welt urteilt, muß und wird sich alles verkehren. Aus Frieden wird Unfrieden, aus der Wahrnehmung von Verantwortung das Aufgeben jeder Verantwortung: Man demonstriert z. B. verummmt, um sich nicht verantworten zu müssen, es sei denn, seinen Gesinnungsgenossen. Und man weiß auch, daß dies so ist: Daher war eines der häufigsten Argumente auf dem Kirchentag der Hinweis auf die eigene Angst. Denn wer die Verantwortung für die ganze Welt übernimmt, muß Angst haben – weil er weiß, daß er dieser Verantwortung nicht nachkommen kann. Wir werden also den Frieden in unserem Lande nur bewahren, wenn wir wieder bewußt machen können, daß man Verantwortung nur übernehmen kann, wenn man seine Grenzen erkennt und anerkennt – wenn man sich beschränkt. Weniger ist hier mehr. Das erfordert allerdings Vertrauen: in die eigene Führung und in die Vernunft oder Rationalität unserer Kontrahenten. Wer dieses Vertrauen nicht aufbringen kann, weil er nur sich und seiner Gruppe vertraut – muß die Verantwortung für die ganze Welt übernehmen und d. h. faktisch – sie zugrunde richten.

Es ist dabei offensichtlich, daß dieses Vertrauen eher der aufbringen kann, der nicht nur auf Menschen zu vertrauen braucht. Ein Staat, dessen Bürger dieses Vertrauen aufbringen können, weil sie eine Hoffnung haben, wird es daher in seinem Bemühen um den – inneren und äußeren – Frieden leichter haben. Nur: Ein Staat kann dieses Vertrauen nicht selbst hervorbringen. Predigen seine Kirchen in Abkehr von Gott die Verantwortung des Menschen für die gesamte Welt – und nicht für die gehorsame Wahrnehmung der Pflichten seines Lebensbereichs –, dann wird er es schwer haben, Vertrauen zu schaffen. Der Staat kann hier nur auf Rationalität setzen, und z. B. hervorheben, daß die gefährlichen Zustände heute auch Zeichen der Hoffnung bieten: Die Atomwaffen gefährden uns zwar; sie „verurteilen“ uns aber auch als denkende Wesen zum Frieden. Und das eröffnet Chancen. Manchen beruhigt es, daß ein Krieg heute anders als in der jüngeren Vergangenheit nicht nur „das Volk“ sondern auch die Entscheidungsträger (die Regie-

rungen und Generalstäbe) bedroht – was riskante Entscheidungen unwahrscheinlicher macht usf. Im ganzen werden wir aber den Frieden nur befördern, wenn wir klar machen können, daß wir als ein-

zelne nicht für die ganze Welt verantwortlich sind. Und dies wird wohl nur der akzeptieren können, der sich diese Verantwortung von Gott abnehmen läßt – was ihn dann dazu befähigt, die Verant-

wortung für seinen Bereich zu übernehmen. Wer dies nicht kann, für den bleibt als denkendem Menschen nur das „Bestehen im Absurden“ (Camus), die „Geworfenheit“ (Sartre).

Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative Nordrhein-Westfalen e. V. Schulreform – und kein Ende?

Grete Schneider

Unter den Folgen der Bildungsreform euphorie der letzten Jahre, als ein Reformmodell das andere jagte, leiden heute Kinder, Eltern und Lehrer. Pädagogen und Sachverständige mahnen heute zu Nüchternheit und Besonnenheit.

Aber noch sind „Bildungsmacher“ am Werk. Mit den neuesten Schulreformvorhaben in Nordrhein-Westfalen setzt sich die Vorsitzende der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative (EELI), Grete Schneider, kritisch auseinander.

Es scheint an der Zeit, sich die Geschichte der bundesdeutschen Schulreform zu vergegenwärtigen; zumal in den letzten Wochen die Öffentlichkeit der USA durch Studien über das dortige Schulwesen erschreckt worden ist und eben dieses Schulwesen bei unsern Reformen Pate gestanden hat.

1933–1945 galt das deutsche Gymnasium den damaligen Machthabern als „Hort der Reaktion“. Seit den 60er Jahren hat der Geruch der Reaktion auch die alte Volksschule, bald auch ihre Nachfolgerin, die Hauptschule, und selbstverständlich auch die Realschule erreicht. Bildungstheoretiker und Bildungspolitiker versuchen seitdem mit unterschiedlichem Eifer und unterschiedlicher Fähigkeit, aus Realitäten zu lernen, den „Fortschritt“ – was immer man darunter verstehen mag – in das Schulsystem zu bringen. Hier soll nur der „Fortschritt“ in der Veränderung der Schulformen betrachtet werden; der „Fortschritt“ in der inneren Schulreform bleibt einer späteren Darstellung vorbehalten.

Zuerst verwandelten die Reformer die Volksschule in die „Hauptschule“ und erklärten sie, nach-

dem die Grundschule abgetrennt war, zur „weiterführenden Schule“, versäumten aber, der neuen Schulform ein eigenständiges Profil und ein eigenständiges Bildungsziel zu geben. Das mußten die Lehrer erst selber schaffen; und sie schufen es.

Durch bundesweite Bildungswerbung („Die Bundesrepublik ein bildungspolitisches Entwicklungsland!“) irritiert, schickten die Eltern ihre Kinder, unbekümmert um Begabungsart und Lernbereitschaft, lieber auf die „richtigen“ weiterführenden Schulen, Realschule und Gymnasium, als auf die neue, noch unbekannte Schulform. So verkümmerte die Hauptschule zum Schaden der für sie geeigneten Schüler.

Der zweite „Fortschritt“ galt einem neuen Schulsystem, der Gesamtschule. Ausgestattet mit großzügigen Neubauten, erhöhter Lehrerzahl, Ganztagscharakter, propagiert als Schule der Chancengleichheit sollte sie das herkömmliche Schulsystem ablösen. Nur hier, so hieß es in der Werbung, würden Arbeiterkinder gefördert wie die Kinder der alten Bildungsschichten. Das stimmte zwar nicht, wie Untersuchungen nachweisen, die die „Schülerpopulation“ in Gymnasium und Gesamtschule vergleichen; aber es läßt sich trefflich damit bei Uneingeweihten werben.

Trotz aller Anstrengungen gelang es in Nordrhein-Westfalen nicht, die Gesamtschule gesetzlich als die einzige weiterführende Schule einzuführen oder sie wenigstens flächendeckend zu verbreiten. Inzwischen nämlich war ein weiteres „Reform“modell, die kooperative Schule, am entschiedenen Nein der Bevölkerung im

Volksbegehren von 1978 gescheitert. Aus Vorsicht führte die Landesregierung die Gesamtschule nur als „Angebotsschule“ ein. Sie war ein neues Schulsystem neben dem gegliederten Schulsystem. Unmerklich aber wurde aus dem neuen Schulsystem eine vierte „Schulform“. Das scheint unverfänglich, gibt aber dem Kultusminister die Möglichkeit, die Kommunen zu zwingen, Gesamtschulen einzurichten, da die Gemeinden verpflichtet sind, gegebenenfalls im Verbund mit anderen Gemeinden, alle Schulformen in erreichbarer Nähe anzubieten. Zwar verlangt das Gesetz, daß vor Errichtung von Gesamtschulen Elternbefragungen durchzuführen sind; aber bislang hat der Kultusminister versäumt, die nötigen Rechtsverordnungen dazu zu erlassen; er hat vielmehr erklärt, er überlasse die Art und Weise der Befragung den Gemeinden, nur sie könnten darüber angemessen, „individuell“, entscheiden.

Das sieht in der Praxis so aus: In einer Kommune werden Fragebogen verschickt; Ergebnis: 80 Schüler stehen für eine neue Gesamtschule bereit. Die Zahl ist zu gering für eine differenzierte Gesamtschule. Doch Hilfe ist nicht weit, die gewünschte Zahl von 120 zu erlangen; denn nur 55% der ausgesandten Fragebogen kamen zurück, 45% der Befragten blieben jede Antwort schuldig. Nach Hochrechnung muß man, wie der zuständige Ministerialrat folgert, so rechnen: wenn von 55% 40 Schüler bereitstehen, bringen lt. Hochrechnung die ausgebliebenen 45% mindestens noch weitere 40 Schüler, damit ist die erforderliche Schülerzahl erreicht, die Gesamtschule kann errichtet wer-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

den. Quod erat demonstrandum. Ein Witz? ein bloßes Gerücht? Oder ein anderes Beispiel: in einer Stadt soll ein altbewährtes Gymnasium in eine Gesamtschule „umgewidmet“ werden; 3 000 Unterschriften sind dafür gesammelt. Der Oberbürgermeister weigert sich, 10 000 Unterschriften gegen diesen Plan entgegenzunehmen. Der Schulausschuß stimmt mit einer Stimme Mehrheit für den Erhalt des Gymnasiums; der Rat entscheidet mit einer Stimme Mehrheit für die „Umwidmung“; damit ist die Errichtung der Gesamtschule gesichert. Klugerweise lag bei dieser Ratsabstimmung der einzige Sozialdemokrat, der gegen die Umwidmung war, im Krankenhaus und stimmte ein Schulleiter, zugleich Ratsherr der Stadt, mit, der bei Übertragung des Leiteramtes seinerzeit erklärte oder erklären mußte, daß er in entsprechender Situation für die Gesamtschule stimmen werde. (Es handelt sich übrigens nicht um den Leiter des „umzuwidmenden“ Gymnasiums; aber auch das ist schon praktiziert worden.) Demokratische Schulpolitik?

Seine „Fortschrittlichkeit“ allen Bundesländern voraus bewies Nordrhein-Westfalen durch sein Lehrerausbildungsgesetz, nachdem die Hochschulen nicht mehr Lehrer für die — immer noch in überwiegender Zahl — bestehenden Schulreformen, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, berufsbildende Schulen, ausbilden können, sondern „Stufenlehrer“ ausbilden müssen, Lehrer für die Grundschule, für die sog. Sekundarstufe I (Kl. 5–10) aller Schulformen und für die sog. Sekundarstufe II (Kl. 11–13) der gymnasialen Oberstufe und der berufsbildenden Schulen. Eine Lehrerausbildung, die kein anderes Bundesland — außer Bremen — anerkennt und die die Lehrer nur un-

zureichend für ihren Beruf ausrüstet. In der zweijährigen Berufsvorbereitung müssen die Referendare alle Schulformen ihrer Stufe kennenlernen: Sekundarstufe I der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums und des Gesamtschulsystems; Sekundarstufe II der berufsbildenden Schule und der gymnasialen Oberstufe. Zwar kann der Lehramtsanwärter Schwerpunkte, d. h. die Schulform wählen — sofern er heute überhaupt noch eine Wahl hat —, in der er später einmal tätig werden will; aber in keiner Schulform wird es wirklich heimisch und zulänglich ausgebildet.

Die neueste Schulreform in Nordrhein-Westfalen bringt der Referentenentwurf zur „Verordnung über die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I“ vom 15. März 1983. Wer ihn durcharbeitet, fragt sich, weshalb der Kultusminister sich die Mühe macht, die Kommunen zu zwingen, Gesamtschulen einzurichten; denn dieser Entwurf etabliert die Einheitsschule. „Besondere Zielsetzungen“ der einzelnen Schulformen werden nicht definiert, stattdessen schreibt der Entwurf eine „gemeinsame Grundbildung“ der Sekundarstufe I vor. „Die Spezifika der Schulformen werden... in den Wahlpflichtbereich“, der unterschiedlicher Wertung unterliegt, verbannt. Dementsprechend entfallen die Grundschulgutachten, abgesehen von Gutachten für Schüler, die gegen den Rat der Grundschule in Realschule oder Gymnasium angemeldet sind. Die Versetzungsbestimmungen aller Schulformen der Kl. 5–10 (wohlgemerkt: ihrem Systemcharakter entsprechend kennt die Gesamtschule keine Versetzung und braucht deshalb keine Versetzungsordnung; erst in Kl. 9 und 10 werden die Gesamtschüler mühsam dem herkömmlichen Notensystem unterworfen), gleicht

der Entwurf an, d. h. die Versetzung der Hauptschule wird verschärft. Dafür dürfen Hauptschüler die Kl. 9 und 10 (für diese Klassen der beiden anderen Schulformen besteht diese Möglichkeit auch, ist aber ohne Belang) freiwillig wiederholen, wenn der „erstrebte Abschluß“ (Kl. 9 Hauptschulabschluß oder Berechtigung zum Übergang in die Kl. 10 B; Kl. 10 Fachoberschulreife) nicht erreicht ist, das Zeugnis nach Kl. 9 aber zum Besuch der Kl. 10 A berechtigt, der Schüler also versetzt ist. Es führt zu weit, genauer auf die Einzelheiten des Entwurfs einzugehen. Es sollte nur gezeigt werden, daß das gegliederte Schulwesen so vereinheitlicht ist in diesem Entwurf, daß die Einheitsschule in Nordrhein-Westfalen — fast, nur fast? — erreicht ist.

Der Leser anderer Bundesländer mag den Bericht in der ruhigen Gewißheit lesen, daß es in seinem Bundesland mit dem Schulwesen besser bestellt ist als in Nordrhein-Westfalen. Aber: vestigia me terrent. Die Spuren sollten ihn schrecken. In den 60er Jahren waren alle Bundesländer eifrig bemüht, das öffentliche Schulwesen der USA nachzuahmen (oft ohne zu bedenken, daß die USA ein leistungsstarkes Privatschulwesen besaß!). Müssen wir nicht heute bedenken, ob der eingeschlagene Weg richtig war? In den vergangenen Wochen sind in den USA drei niederschmetternde Studien veröffentlicht worden; in der Bilanz sind alle gleich: das amerikanische Schulsystem, so heißt es, ist eine staatlich gelenkte Bildungskatastrophe, das millionenfach funktionale Analphabeten produziert (vgl. Bericht im DS Nr. 28). Soll das ehemals in der Welt berühmte und nachgeahmte deutsche Schulwesen diesem Vorbild weiter folgen, um zu gleichen Ergebnissen zu kommen?